

Verhandlungsgemeinschaft Banken

Arbeitgeberverband des
privaten Bankgewerbes

Tarifgemeinschaft
öffentlicher Banken

Arbeitgeberverband der
Deutschen Volksbanken
und Raiffeisenbanken

Presseinformation

Berlin,
den 16.06.2004

Banken-Arbeitgeber fordern Anpassungsklausel für Betriebe in wirtschaftlich schwieriger Lage – Gehaltsangebot vorgelegt und Ausbildungspakt angeboten

Zweite Runde der Tarifgespräche: Fortschritte in einzelnen Punkten, aber noch keine Einigung über Gesamtpaket – Arbeitgeber bieten 24-Monats-Gehaltsabschluss in zwei Stufen von 1,2 und 1,3 Prozent – Dieter Rampl: „Wer glaubt, es gebe Verteilungsspielräume, verkennt die Situation“ – Dr. Wolfgang Baecker: „Anpassungsklausel muss den Betriebsparteien Spielräume geben“

Berlin, 16. Juni 2004. In der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für das Bankgewerbe haben die Arbeitgeber Vorschläge in mehreren wichtigen Punkten unterbreitet: Für Unternehmen in wirtschaftlich schwieriger Lage fordern die Arbeitgeber eine Anpassungsklausel, nach der die Betriebsparteien – unter Einbeziehung der Gewerkschaften – von tariflichen Vereinbarungen abweichen können. Zusätzlich unterbreiteten die Arbeitgeber ein Gehaltsangebot, das Erhöhungen um 1,2 Prozent ab dem 1. November 2004 und um 1,3 Prozent ab dem 1. November 2005 vorsieht; der Vertrag soll von Juni 2004 bis Ende Mai 2006 laufen. „Unser Gehaltsangebot orientiert sich strikt an der nach wie vor schwierigen Lage unserer Branche. Wer glaubt, es gebe Verteilungsspielräume, verkennt die Situation in unseren Betrieben“, sagte Dieter Rampl, Verhandlungsführer des AGVBanken. AVR-Verhandlungsführer Dr. Wolfgang Baecker unterstrich: „Wir bieten eine Gehaltssteigerung an, die den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Fläche unterstützt.“

Zusätzlich stellten die Arbeitgeber der privaten und öffentlichen Banken einen Ausbildungspakt in Aussicht. Er sieht vor, das Lehrstellenangebot gegenüber 2003 zwei Jahre lang um je 1 bis 1,5 Prozent zu erhöhen.

Die zweite Verhandlungsrunde brachte Fortschritte in einzelnen Punkten. Allerdings stellte Dieter Rampl fest: „In der diesjährigen Tarifrunde kommt es entscheidend auf das Gesamtpaket an – und das ist noch lange nicht

Verhandlungsgemeinschaft Banken

Arbeitgeberverband des
privaten Bankgewerbes

Tarifgemeinschaft
öffentlicher Banken

Arbeitgeberverband der
Deutschen Volksbanken
und Raiffeisenbanken

geschnürt.“ Dies beziehe sich insbesondere auf die Anpassungsklausel. Hier sei die Abwandlung des Arbeitgeber-Vorschlags durch verdi inakzeptabel; die Gewerkschaft besteht auf Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien statt zwischen den Betriebsparteien. Dr. Wolfgang Baecker betonte: „Wir brauchen zwingend die Möglichkeit, Vereinbarungen vor Ort und unbürokratisch – also zwischen den Betriebsparteien – treffen zu können. Sonst ist für viele Institute der Austritt aus dem Tarifverbund attraktiver.“

Die Verhandlungen werden am 7. Juli in Frankfurt/Main fortgesetzt. Bis dahin wird es ein Spitzengespräch zum Thema Anpassungsklausel geben.

Über die Verhandlungsgemeinschaft Banken:

Zur Verhandlungsgemeinschaft Banken gehören die privaten Banken (darunter alle Großbanken) und Bausparkassen, die öffentlichen Banken (Landesbanken, Girozentralen und nicht kommunal getragene Sparkassen) sowie die Volksbanken und Raiffeisenbanken. Zusammen genommen fallen rund 430.000 Beschäftigte unter den Bankentarif.

Verhandlungsführer der jeweiligen Arbeitgeberkommissionen sind Dieter Rampl (Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes/AGVBanken; Sprecher des Vorstandes der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG und Vorsitzender des AGVBanken), Alexander Stuhlmann (Tarifgemeinschaft öffentlicher Banken; Vorsitzender des Vorstandes der HSH Nordbank AG) und Dr. Wolfgang Baecker (Arbeitgeberverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken/AVR; Vorstandsvorsitzender der Borkener Volksbank eG).

Ansprechpartner: Gerd Benrath, Hauptgeschäftsführer des AGVBanken. E-Mail: service@agvbanken.de, Tel. (030) 5900 11270; Annette Kaiser, Geschäftsführerin AVR. E-Mail: arbeitgeberverband@bvr.de, Tel. (0228) 509-224.

Presseinformation

Berlin,
den 16.06.2004
Seite 2